

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim März/April 2021, 31. Jahrg.

## Aufs Papier gebracht: Leo DÜSTERWALD



## Sie bewegt sich nicht ...

Die Brandenburger Landesregierung lehnt immer wieder Vorschläge ab, die vielen Menschen helfen könnten. Warum, bleibt ihr Geheimnis.

Jeden Tag werden neue, oft sich widersprechende Entscheidungen getroffen. Da ist es nicht leicht, (ehrenamtlich) eine Zeitung zu produzieren, bei der zwischen schreiben, drucken und verteilen zwei Wochen vergehen. Umso erschreckender ist es, dass es viele Vorschläge, Anträge, Stellungnahmen gibt, die seit Monaten abgelehnt oder nicht entschieden werden.

**Beispiel: Testen in den Schulen und Schulkrankenschwestern.** Während in anderen Bundesländern Schulkrankenschwestern händierend gesucht und an Schulen etabliert werden, erhalten sie in Brandenburg nur befristete Verträge und werden demotiviert. Seit langem fordert die LINKE im Landtag, Schulkrankenschwestern an allen Schulen einzusetzen. Und nun sollen seit dem 15. März auf Ministeriumsanweisung Lehrer:innen auch noch die Selbsttests der Schüler:innen anleiten, mit aller folgenden Bürokratie. „Im August 2020 wurde ein Antrag zu Schulkrankenschwestern von uns im Landtag von der Regierungskoalition abgelehnt“, erklärt Kathrin Dannenberg, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN. Gerade jetzt wären diese Fachkräfte besonders wichtig, sie könnten Schüler-, Lehrer- und Elternschaft professionell durch die pandemische Lage begleiten.“

**Beispiel: Impfen durch den Hausarzt.** Vielleicht ist es ja bei Erscheinen der Zeitung endlich auch bei Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) angekommen: Es wäre keine neue Erfindung, wenn Hausärzte impfen würden. Wochen-

lange Pilotprojekte in vier (!) Arztpraxen – da fassen sich alle, die sich regelmäßig Grippe- oder anderweitig impfen lassen, an den Kopf. Seit Wochen wollen die Hausärzte helfen, das betont der Deutsche Hausärzterverband. „Auch wenn der Bund sich nur träge bewegt, heißt das nicht, dass Brandenburg weiter hinterherzucken muss“, erklärt Ronny Kretschmer.

**Beispiel: Lizenzfreigabe für Impfstoffproduktion.** „Wir brauchen die Lizenzfreigabe für die Impfstoffproduktion“, fordert Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag. „Das Infektionsschutzgesetz macht das möglich. In den USA ist das so – und die sind bestimmt keine sozialistische Planwirtschaft.“

**Beispiel: Hort.** Dass der Hort zu meist in den Gebäuden der Schulen untergebracht wird, scheint nur sehr langsam im Brandenburger Bildungsministerium anzukommen. Nicht zuständig. Aber gegenteilige Regeln zwischen Schule und Hort sind für das Verständnis der Kinder kontraproduktiv. Seit einem Jahr ändert sich nichts.

**Beispiel: Unternehmerlohn.** „Tausendmal ist nichts passiert ...“, könnte man sagen. Immer wieder beantragte die LINKE im Brandenburger Landtag, dass es für Soloselbstständige und Kleinunternehmer:innen einen Unternehmerlohn geben muss. 57 Prozent der Wirtschaftsunternehmen in Brandenburg sind Soloselbstständige. Sie können nicht monatelang ohne Einkünfte überleben. Der Verweis auf Hartz IV ist inakzeptabel und hilft oft auch nicht weiter, wenn zum Beispiel

der Lebensgefährte Einkünfte hat. „Mehrere Bundesländer zahlen einen Unternehmerlohn von 1.180 Euro monatlich. Brandenburg muss endlich seine Kleinunternehmer unterstützen“, fordert Sebastian Walter.

**Beispiel: Entschädigung.** Von insgesamt 15.000 Anträgen auf Entschädigung bei Quarantäne, Tätigkeitsverbot oder Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen im Jahr 2020 in Brandenburg sind bisher 12.000 nicht bearbeitet worden; die aus diesem Jahr noch gar nicht. „Eigentlich soll innerhalb von 3 Monaten das Geld ausgezahlt werden.“ ärgert sich der Ronny Kretschmer.

**Beispiel: Kultur und Sport.** DIE LINKE hat im Landtag vorgeschlagen, dass Kultur- und Sport-Veranstaltungen für die zweite Jahreshälfte geplant werden sollen – und das Land übernimmt die Ausfallbürgschaften. „Damit könnte Arbeit finanziert, aber auch Freude und Optimismus geschaffen werden“, warb Sebastian Walter. Leider auch hier in Brandenburg: Fehlanzeige.

**Beispiel: Teure Beratungen.** Über 600.000 Euro hat Gesundheitsministerin Nonnemacher für Beraterleistungen zur Impfkampagne ausgegeben. Warum soviel Geld für originäre Verwaltungsaufgaben nötig ist, zumal die Kampagne chaotisch läuft, darauf bleibt sie bisher jede Antwort schuldig.

**Das alles kostet viel Geld.** Können wir uns das leisten, fragen inzwischen viele bang. Wer bezahlt das?

Siehe Seite 6

## In dieser Ausgabe

**Leben Menschen in Konserven?**  
Bauprojekt in Bernau-Süd entzweit Alteingesessene und Neubewohner. Bürgermeister André Stahl berichtet. **2**

**Geplante Schließung des Arbeitsgerichtes Eberswalde:**  
Klarer Versuch, Arbeitnehmerrechte abzubauen, sagt Arbeitsrichter André von Ossowski. **3**

**Mietpreisbremse und kostenfreies Schulessen** **3**

**Kreistag kompakt:**  
Ein Bericht von Matthias Holz. **4**

**Wandlitz ist „Sicherer Hafen“**  
Isabelle Czok-Alm über eine Entscheidung der Gemeindevertretung. **5**

**Pioniertat ist der Ehre wert**  
Niels-Olaf Lüders über die Diffamierungen des ersten Deutschen im All, Sigmund Jähn. **5**

**„Uns gibt es für die Regierungen nicht“**  
Zwei Eberswalder Unternehmer berichten. **6**

**Wer bezahlt die Schulden?**  
Wirtschaftsminister a.D. Ralf Christoffers argumentiert zu den Chancen von Staatsschulden und Investitionen. **6**

**Wie geht es Menschen in dieser Zeit, die nicht im Homeoffice arbeiten können?**  
Drei Erlebnisberichte aus der Lebensmittelindustrie, dem Einzelhandel und der Kita. **7**

## OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de)  
oder Facebook:  
[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



## Spendenkonto Offene Worte:

DIE LINKE Barnim,  
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,  
BIC: WELADEDIGZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.  
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres



Seit den 1980-er Jahren war bereits geplant, das Gebiet in Bernau-Süd mit Wohnungen zu bebauen. Begonnen hatte es mit Mehrgeschossern (rechts), dann kam die Wende und die Planung stoppte. In den 1990-ern wurden in einem weiteren Bogen etwa 100 Wohneinheiten in Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern gebaut (links). Dann stoppte der Wohnungsbau erneut. Nun soll er fortgesetzt werden. Zwei neue Wohnblöcke hat die Wobau bereits errichtet (Mitte), die sich gut in das Umfeld einpassen. Ein weiterer Investor will bis zu 480 Wohneinheiten bauen. Nach seinen Aussagen soll der Charakter einer „Gartenstadt“ erhalten bleiben. Über diese Bebauung rankt sich nun der Streit. Einige Anwohner, vor allem zuletzt Hinzugezogene, sind gegen eine weitere Bebauung, andere finden es gut, wenn das Viertel aufgewertet und „endlich fertig“ wird. Foto: rc

## Leben Menschen in „Konserven“?

Bauprojekt in Bernau-Süd soll endlich fertig gestellt werden

Um das Bauprojekt am Venusbogen wird in der Stadt Bernau seit geraumer Zeit gestritten. Die „Offene Worte“-Redaktion hat sich bei Bürgermeister André Stahl nach seiner Haltung zum Bauprojekt erkundigt und diese fällt eindeutig aus. „Dieses Bauvorhaben wertet das Wohnumfeld enorm auf,“ ist sich das Stadtoberhaupt sicher. Allein der drei Hektar große Park mit zwei Wasserflächen wird für ein angenehmeres Wohnum-

feld sorgen. Hinzu kommt eine vom Investor finanzierte Kindertagesstätte und sozialer Wohnungsbau. Weiterhin ist es André Stahl wichtig, dass hier nicht eine Fläche neu bebaut wird, sondern ein Wohngebiet, dass seit 1990 nicht abgeschlossen wurde, endlich fertig gestellt wird. Auch sollte man bedenken, dass nicht nur Berliner nach Bernau ziehen wollen, sondern dass es auch unter den Bernauer:innen Bedarf an Einfamilien-

und Reihenhäusern gibt und dieser würde mit dem Bauprojekt am Venusbogen eben auch bedient werden. Die Freien Wähler zielen mit einem Plakat unter die Gürtellinie und sprechen von einer „Stahlkonserve“. Meinen sie wirklich, dass die Bewohner:innen in einer Büchse wohnen? Herr Stahl findet den Ver-



gleich unverschämt. Menschen, die zur Miete wohnen, sind keine Konservenbewohner. (MH)

### Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste sind willkommen.

**Aufgrund der Corona-Pandemie können Termine kurzfristig abgesagt, online stattfinden oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.**

#### Kreisverband:

**Kreisvorstand:** zurzeit nur Online, per Videokonferenz, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

**Links-Eck Eberswalde:** Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

**Bürgerzentrum Bernau:** Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

**Regionalgruppe Cuba sí:** E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

#### Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

#### Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de. Die Kreistagsfraktion der LINKEN trifft sich zurzeit nur Online. Anfragen bitte über die E-Mail-Adresse. Kreistag: 23. Juni, 17 Uhr, Ort nach Pandemielage, Eberswalde

**Eberswalde:** Stadtvorstand, Kontakt: im Links-Eck Eberswalde, Heegermühler Straße 15. Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online. Anfragen bitte an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 27. April, 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1, Eberswalde

**Bernau bei Berlin:** Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau; Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online, Kontakt per E-Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Stadtverordnetenversammlung: 6. Mai, 16 Uhr, Bürgermeisterstraße 25, Bürgersaal im Rathaus

**Panketal:** Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt: ines@pukall.eu, Fraktionssitzungen: 13. April, 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal am S-Bahnhof Zepernick Gemeindevertretersitzung: 27. April, 19 Uhr, Mensa Grundschule Zepernick, Schönerlinder Str. 92

**Wandlitz:** Ortsverband: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzung: 6. Mai, 18 Uhr, Gemeindevertretersitzung: 27. Mai, 18 Uhr, Sport- und Mehrzweckhalle Wandlitz

**Werneuchen:** Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Fraktionssitzung: 6. April, Stadtverordnetenversammlung: 8. April, 18 Uhr, Adlersaal, Berliner Allee 18a

**Ahrensfelde:** Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Fraktionssitzung: 15. April, 17 Uhr, Ratssaal Ahrensfelde im Ortsteilzentrum Ahrensfelde Gemeindevertretersitzung: 19. April, 17 Uhr im Großen Saal des Ortsteilzentrums Ahrensfelde

**Biesenthal:** Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 29. April, 19 Uhr, Grundschule am Pfefferberg, Bahnhofstraße 9-12

**Schorfheide-Chorin:** Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertretung: 28. April, 19 Uhr, Aula Schule Finowfurt

### Impressum

#### Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

**Kontakt:** DIE LINKE Barnim Heegermühler Straße 15 16225 Eberswalde Tel.: 03334-22026 Fax: 03334-385489

#### E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

**Redaktion:** Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Matthias Holz (mh), Birgit Hoplitschek (hop), Klaus Kleinmann (kk), Wolfgang Krafczyk, (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSdP/sw), Bärbel Mierau (bm), Christel Zillmann (cz)

**Druck:** Druckerei Gottschalk

**Auflage:** 91.000

**nächster Redaktionsschluss:**

17. Mai

**nächster Erscheinungstermin:**

3. Juni 2021

**Online-Ausgaben:** mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

**download als pdf-Datei:**

www.dielinke-barnim.de alle archivierten Zeitungen vorhanden. Direkter QR-Code:



# „Es ist ganz klar der Versuch, Arbeitnehmerrechte abzubauen“

Interview mit André von Ossowski, Arbeitsrichter in Eberswalde: Petition zum Erhalt des Arbeitsgerichtes Eberswalde unterstützen!

Seit Dezember 2020 ist bekannt, dass die Brandenburger Landesregierung drei der sieben landesweiten Arbeitsgerichte (inklusive einer Außenstelle) schließen will. Darunter das in Eberswalde. Es sollen nur noch die Gerichte in Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Neuruppin übrig bleiben. An den bisherigen Standorten Eberswalde und Senftenberg, neu in Luckenwalde und Perleberg, soll es bei Bedarf so genannte Gerichtstage geben, in Potsdam gar nichts mehr. Bürgermeister und Amtsdirektoren des Barnims protestierten scharf, warfen der Landesregierung vor, den ländlichen Raum zu vernachlässigen. DIE LINKE im Brandenburger Landtag scheiterte im Januar mit einem Antrag, die Pläne zu stoppen.

## Wie ist die Situation am Arbeitsgericht Eberswalde?

Zum Glück sind die Streitigkeiten im Arbeitsrecht auf ein stabiles, der Wirtschaftslage und sozialen Situation entsprechendes, Maß zurückgegangen und zwar bundesweit. Allerdings wurde deshalb auch in Eberswalde Personal abgebaut, so sind von 14 nur noch vier Justizbeschäftigte, davon eine Rechtspflegerin, vor Ort und nur noch zwei Arbeitsrichter. Diese beiden sind derzeit mit Verfahren überobligatorisch ausgelastet. Eigentlich notwendiges Personal im Servicebereich wird durch das Justizministerium nicht zur Verfügung gestellt. Es gibt nur noch so wenig Beschäftigte, dass sie nicht einmal mehr eine Arbeitnehmervertretung wählen dürfen.

Wir Arbeitsrichter vertreten uns gegenseitig, das ist gut organisierbar. Wenn das untereinander nicht klappt, funktioniert auch die Abordnung von Arbeitsrichtern von oder zu einem anderen Arbeitsgericht.

## Was unterscheidet ein Arbeitsgericht von anderen Gerichten?

Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen kommen im Streitfall persönlich. Dies wird in der Regel sogar ausdrücklich angeordnet. Die erste, schnell anberaumte, mündliche Verhandlung, Güutetermin genannt, ist dabei außerordentlich wichtig, um auch vom Gericht deeskalierend auf die Parteien einzuwirken, ihnen die Abläufe und möglichen Aussichten zum Ausgang des Verfahrens zu erläutern. Daraus folgt sehr oft bereits eine gütliche Einigung, so dass kein weiteres Gerichtsverfahren nötig ist.

Die Arbeitsgerichte haben hochspezialisierte Richter:innen. Besondere Akzeptanz haben Arbeitsgerichtsentscheidungen durch gleichberechtigt mitwirkende ehrenamtliche Richter:innen, die durch Gewerkschaften und Arbeitgeber vorgeschlagen und vereidigt werden. Sie wohnen und arbeiten in der Regel im Gerichtsbezirk.

Eine Rechtsantragsstelle des Arbeitsgerichtes sichert dabei mit ihrem kostenlosen Zugang, dass Klagen in einer ordnungsgemäßen Form eingereicht werden können. Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht erforderlich. Hier liegt eine,

nicht schnell zu erreichende, Spezialisierung der Rechtspfleger:innen vor.

## Warum sind Sie gegen eine Schließung des Arbeitsgerichtes in Eberswalde? Die Begründung der Landesregierung zur Schließung lautet, landesweit 20 Arbeitsrichter:innen an 7 Standorten sei nicht rentabel ...

Arbeitsgerichte gehören zur Daseinsvorsorge. Es ist ein wenig wie mit einer Haftpflichtversicherung: Wenn man sie braucht, ist man glücklich, dass man sie hat. Im Jahr 2020 hatte das Arbeitsgericht Eberswalde knapp 900 Rechtsstreitigkeiten zu erledigen. Kurze Wege, das ist in einem Flächenland wie Brandenburg ohnehin schwer, sind dabei von besonderer Bedeutung. Wir haben Streitigkeiten mit einem Streitwert von mehreren 100.000 Euro, aber auch über kleinere Summen mit 50 Euro, zum Beispiel bei Überstundenzuschlägen zu entscheiden. Arbeitnehmer:innen werden sich jedoch bei geringen Forderungen gut überlegen, ob sie ihr Recht einfordern, wenn schon die Fahrt mehr kostet als die Forderung ist. Logisch.

Und: Einmal abgeschafft, kommt das Arbeitsgericht nie wieder. Leidtragende sind Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen. Über Strukturen darf man nachdenken. Einer Verbesserung im Dienste des Rechtsuchenden ist immer zuzustimmen. Das machen auch die Arbeitsrichter:innen. Nur beteiligen müsste man sie. So ist zum Beispiel ein Zusammenschluss der Arbeitsgerichte Eberswalde und Frankfurt (Oder) vorstellbar, ohne dass deren Standorte aufgegeben werden. Die Richter:innen wären so flexibel einsetzbar und eine noch zügigere Verfahrenserledigung, die in Deutschland ihresgleichen sucht, wäre machbar. Hoffentlich erkennen das unsere gewählten Landtagsabgeordneten!

## Was halten Sie von dem Vorschlag der Gerichtstage?

Diese können mitnichten die Arbeitsgerichte vor Ort kompensieren. Gerichtstage sind möglich, aber eine Notlösung. Sie sind in den 1990er Jahren mit Pauken und Trompeten untergegangen, da sie sich nicht rentieren haben. Hohe Kosten, unzureichende Ausstattung, keine Rechtsantrags-

stelle vor Ort, Ausfall von ehrenamtlichen Richtern haben zu langer Verfahrensdauer geführt.

Seit Jahren gibt es immer wieder Bestrebungen, die Arbeitsgerichte den Amtsgerichten zuzuordnen. Effektivitätsgedanken werden vordergründig angegeben. Aber es ist ganz klar der Versuch, Arbeitnehmerrechte abzubauen, um eine spezialisierte Fachgerichtsbarkeit, die ein Garant des sozialen Friedens in Deutschland ist, abzubauen und bestehende Empathie der Arbeitsrichter:innen zu Lasten der Arbeitnehmer:innen verfallen zu lassen.

## Was kann man aus Ihrer Sicht tun?

Alle Beteiligten, Gewerkschaften, Unternehmensverbände, der gesamte politische Raum der betroffenen Gerichte in Eberswalde, Potsdam und Senftenberg haben sich über Parteigrenzen hinaus ablehnend, teils mit scharfer Kritik, zur Schließung der Arbeitsgerichte geäußert. Tatsächlich ist bisher keine einzige Kritik, kein Hinweis der angehörten Spitzenverbände in den Gesetzesentwurf der Ministerin für Justiz, Frau Hoffmann (CDU), eingegangen.

Alle Bürger:innen können eine Petition zum Erhalt der Arbeitsgerichte unterstützen, die vom Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Friedhelm Boginski, verfasst wurde. Über 1.400 Bürger:innen haben bereits unterzeichnet. Diese Resonanz finde ich überraschend und sie freut mich.

## Die Online-Petition kann hier unterzeichnet werden

<https://www.openpetition.de/petition/online/erhalt-des-arbeitsgerichtes-in-eberswalde>

Oder direkt:



**André von Ossowski, geboren 1960 in Berlin-Mitte, dort aufgewachsen, POS, Abitur, drei Jahre Matrose, Studium Jura an der Humboldt-Universität Berlin, verheiratet, zwei Mädchen (31 und 10 Jahre) 1991 Persönlicher Referent beim Brandenburger Wirtschaftsminister Hirche Seit März 1992 Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Eberswalde**

## Werneuchen kämpft weiter um Mietpreisbremse

DIE LINKE in Werneuchen will nicht locker lassen. Dass die Stadt aus der Mietpreisbegrenzungs- und Kappungsgrenzenverordnung für das Land Brandenburg raus fallen soll, sieht sie als großes soziales Problem an. Deshalb wird sie nun in der Stadtverordnetenversammlung im April beantragen, dass die Stadt den Landtag auffordert, eine erneute Reform der Mietpreisbegrenzungsverordnung und der Kappungsgrenzenverordnung vorzunehmen. „Aus unserer Sicht ist das zu Grunde vorliegende Gutachten nicht geeignet, um die Orte für die Mietpreisbremse auszuwählen“, erläutert Fraktionsvorsitzender Alexander Horn. „Durch den »Landentwicklungsplan Hauptstadtregion« wurde für Ahrensfelde und Werneuchen eine neue Siedlungsachse festgeschrieben. Damit ist in den nächsten Jahren mit einem starken Zuzug von bis zu 30 Prozent in der Stadt Werneuchen und seinen Ortsteilen zu rechnen. Um eine Verdrängung der hiesigen Bevölkerung zu verhindern, ist es notwendig, beide Verordnungen auch für Werneuchen zu verlängern.“

Mit der Mietpreisbegrenzungs- und Kappungsgrenzenverordnung werden Mietsteigerungen bei Neuvermietungen auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete und bei Bestandsmieten auf 15 Prozent innerhalb von drei Jahren begrenzt; sonst sind 20 Prozent erlaubt. (bc)

## Panketal: Einsatz für kostenfreies Mittagessen

Schüler:innen, die einen Anspruch auf ein kostenfreies Mittagessen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket im Rahmen der Sozialleistungen (z.B. Hartz IV) haben, können dies auch dann erhalten, wenn die Schulen geschlossen haben, nach Bundesgesetzgebung unabhängig vom Wohnort. Jedoch müssen die jeweiligen Schulträger, also die Gemeinden, Städte oder der Landkreis, dies organisieren.

Der Kreis organisierte dies für eine Reihe von weiterführenden Schulen, in Bernau wurde geliefert oder konnte das Essen abgeholt werden. In Werneuchen und Ahrensfelde wurden die Familien direkt angeschrieben.

In Panketal freute sich die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Ines Pukall, darüber, dass das Problem unter den LINKEN kreisweit thematisiert wurde und sie damit in ihrer Gemeinde nachfragen konnten. „Es gab schnelle und unbürokratische Lösungen durch die Verwaltung.“ So erhielten einige Kinder mehr als zuvor ihr kostenfreies Mittagessen. (bc)

**Zum Kreistagsbeginn geht es um Personalien.** Ein Abgeordneter wechselte von den Grünen zur CDU. Der Abgeordnete wollte seinen Wechsel erklären, weil sich seine politische Ansichten geändert hätten. Er hatte die Grünen-Bundesvorsitzende gefragt, was man für den Handwerker politisch zu bieten hat? Ihre Antwort lautete, wenn man Umweltpolitik macht, ist auch denen geholfen. Er hält das für dogmatisch und wechselt deshalb zur CDU. Warum er meint, dass er bei den Marktgläubigen und Fetischisten der „Schwarzen Null“ auf keine dogmatische Politik trifft, bleibt sein Geheimnis. Es folgten Anschuldigungen auf persönlicher Ebene. Da die Fraktionen laut Geschäftsordnung nach solchen persönlichen Erklärungen nicht antworten dürfen, war dies doch ziemlich stilllos.

**Wie überall geht es erstmal um Corona.** Der Landrat plädiert für Impftage und dass Hausärzte anfangen dürfen zu impfen, um die bescheidenen Impfpzahlen zu erhöhen. Allerdings wurden im Impfzentrum Eberswalde am 10. März erstmals 1.000 Menschen geimpft.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag, Lutz Kupitz, ging auf die Wortmeldung eines AfD-Abgeordneten ein, der sagte, dass eher über 80-jährige mit Vorerkrankungen sterben würden. Der Eindruck, dass dies dann nicht so schlimm sei, wies Kupitz entschieden zurück und geißelte diese Aussage völlig zurecht als „mensenverachtend“.



Abgeordnete verweisen darauf, dass noch immer **Laptops für hilfsbedürftige Schüler:innen** für den Unterricht zu Hause fehlen. Der Landrat spricht davon „so viele wie möglich“ mit mobilen Endgeräten ausstatten zu wollen. Nicht alle. Das ist auffallend und nicht zu akzeptieren.

In den folgenden drei Anträgen ging es um die Bereitstellung von Geld. Sie wurden alle mit großer Mehrheit beschlossen:

**Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)** sollen mehr Gelder bereitgestellt werden, da der bisherige öffentliche Dienstleistungsvertrag (ÖDA) mit der Barnimer Busgesellschaft den tatsächlichen Leistungsumfang nicht mehr widerspiegelt. Gründe sind vor allem die Zunahme des Schülerverkehrs, die Ausweitung des Stadtverkehrs in Eberswalde, die verbesserte Anbindung Finowfurts, Altenhofs und Joachimsthals an den Bahnhof Eberswalde. Außerdem ist die Landesregierung nicht bereit,

# Kreistag kompakt

Ein Bericht vom 10. März von Matthias Holz.

mehr Gelder für den ÖPNV bereitzustellen. Deshalb muss der Kreis aus eigenen Einnahmen mehr aufwenden.



Der Bedarf an Schulplätzen wird in den nächsten Jahren im Barnim deutlich steigen. Deshalb werden **Schulneubauten geplant.**

Zum Antrag über die „Angemessenheit für die **Kosten der Unterkunft**“ (Miethöhe bei Arbeitslosengeld II, Grundsicherung, Asylbewerberleistungen) gab es nach der langen Phase des gemeinsamen Arbeitens keinen Beratungsbedarf mehr. Lutz Kupitz (LINKE) hatte bereits zuvor angemerkt, dass andere Landkreise sie als „modernste und umfangreichste Richtlinie des Landes Brandenburg“ bezeichneten. Ein Erfolg auch für die Kreistagsfraktion der LINKEN, die dieses Thema schon in der letzten Wahlperiode mit angepackt hat.



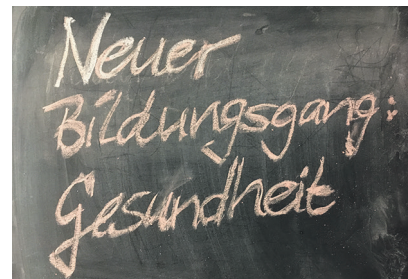
Rainer Dickmann (Bauern/LINKE) sprach sich als Ausschussvorsitzender (Umwelt) für die „**Gelbe Tonne**“ aus. Durch Tiere, Wind und das Aufreißen der Säcke verteile sich der Müll. Kommunen, die die Tonne testeten, entschieden sich mehrheitlich für diese Art der Entsorgung.

Die Möglichkeit zwischen großer und kleiner Tonne zu wählen, begrüßt Dickmann. Dadurch können Menschen, die sich für weniger Verpackungsmüll entscheiden, die platzsparende Methode wählen. Der Antrag wurde angenommen und der Barnim schafft damit voraussichtlich ab dem 1. Januar 2022 die „Gelbe Tonne“ an.

Die Diskussionen um das **Oberstufenzentrum Bernau** kochten im letzten Sommer hoch. Um es zu er-

halten und für die Zukunft zu rüsten, soll ein zweijähriger Bildungsgang mit der Fachrichtung „Gesundheit und Soziales“ mit dem Schwerpunkt „Gesundheit“ eingerichtet werden.

Die Freien Wähler halten die Lehrkräfte unter den Abgeordneten für befähigt und wollen dies überprüfen lassen. Der Landrat argumentiert dagegen, verweist auf die Kommunalverfassung. Die Freien Wähler wollen den Antrag dennoch in den Ausschuss verweisen ... Lutz Kupitz widerspricht, der Antrag sei abstimmungsreif. Die Kreistagsabgeordneten stimmen mit großer Mehrheit dafür.



Der Antrag zur Verlängerung des **Corona-Härtefallfonds** wurde von einem breiten Parteienbündnis eingebracht. Für die Fraktion der LINKEN betonte Ralf Christoffers: Der Zugang zum Härtefallfonds wird erleichtert, die Kriterien werden verbessert, Lebenshaltungskosten sind jetzt förderfähig, Einzelfallentscheidungen möglich. Eine Einzelfallregelung leiste hoffentlich einen Beitrag, die Folgen der Pandemie etwas abzumildern.

Die AfD, die sich vorher lautstark über das Leid der Unternehmer beklagte, stimmte dem Härtefallfonds dann nicht zu. Wer darin Logik findet, darf sie behalten...

Der Landrat soll beauftragt werden, eine **Votingtechnik** (elektronisches Abstimmungssystem) für effizientere Abstimmungen im Kreistag und seinen Ausschüssen bereitzustellen. Die meisten Abgeordneten des Kreistages sehen die dargestellte Problematik beim Abstimmungsverhalten nicht und die AfD hat Angst, dass bei einer elektronischen Abstimmung die Menschlichkeit verloren geht. Den Satz zur Logik bei der AfD habe ich oben schon verbraucht, Schade!

Die Linksfraktion war hier geteilter Meinung. Es gab Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Der Antrag insgesamt fand unter den Kreistagsabgeordneten keine Mehrheit.

Ein Vorschlag der Grünen zu einem **Niedrigwasserkonzept** sei im Wesentlichen in einem bereits beschlossenen Antrag zur Wasserbewirtschaftung

enthalten, kommentiert Ralf Christoffers (LINKE). Er möchte den Antrag aber nicht einfach ablehnen, deshalb soll er im Landwirtschaftsausschuss weiter beraten werden, um Synergieeffekte mit dem bereits beschlossenen Antrag zu erzeugen. Außerdem würde ein Niedrigwasserkonzept für die Region immer auch die Uckermark mit einbeziehen. Wasserbewirtschaftung sei nötig, da der Barnim zu den trockensten Regionen Deutschlands gehört. Dem folgte der Kreistag.



Ein **Sozialpass** für den ganzen Barnim. Dieser Antrag der Freien Wähler hat seinen Ursprung in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung. Dort wurde auf Antrag der LINKEN beschlossen, den Sozialpass attraktiver zu machen, indem man eine Kooperation mit Eberswalde eingeht, so dass der Pass in beiden Städten gilt. Hintergrund: Der Sozialpass wurde kaum beantragt und sollte attraktiver werden. Die Freien Wähler schlagen nun einen Sozialpass für den gesamten Barnim vor. Interessant, wie sich Haltungen ändern, da sie in Bernau dagegen gestimmt hatten. Begründung war: Es gibt keine armen Menschen in Bernau. Der Sinneswandel der Freien Wähler ist zu begrüßen, beantwortet aber die Frage nicht, was der Landkreis überhaupt zu einem Barnimer Sozialpass beitragen kann. Thomas Stein (LINKE) bittet deshalb um eine Verweisung in den Fachausschuss, um dies zu beraten. Er schlägt ein Sozialticket vor. So wurde denn entschieden: Der Fachausschuss wird über einen Sozialpass beraten.

Der Kreistag wurde um 22:30 Uhr nach 30 Tagesordnungspunkten beendet. Natürlich gab es auch wieder Anträge der beiden AfD-Fraktionen, aber diese zogen sie teilweise selbst zurück oder sie hatten inhaltlich oder formell so viele Fehler, dass eine Berichterstattung darüber nicht lohnt.

Vielleicht am Rande: Die AfD beantragte eine „Feuerwehrente“, die inhaltlich bereits in diversen Kommunen abgelehnt wurde. Diesen Antrag im Kreistag zurückzuziehen war also folgerichtig. Wäre die Feuerwehr allerdings dafür zuständig, die Brände in den diversen AfD-Fraktionen zu löschen, wäre sowieso keine Rente fällig, sondern Schmerzensgeld.

## Wandlitz ist ein „Sicherer Hafen“

Isabelle Czok-Alm (LINKE): Die große Mehrheit ist sich einig, dass unser Ort fünf geflüchteten Personen ein neues Zuhause geben will

In Wandlitz wurde Ende Februar ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen LINKE/GRÜNE/UWG, F.Bg.W., SPD, BVB/Freie Wähler, CDU und des Bürgermeisters beschlossen, fünf geflüchteten Menschen zusätzlich eine neue Heimat in unserem Ort zu geben. Damit tritt Wandlitz dem „Sicheren Hafen“ bei, einer Bewegung, die sich 2018 formierte und sich zunächst gegen die europäische Abschottungspolitik sowie gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer richtete. Die Akteure solidarisierten sich mit Flüchtenden und fordern die Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen. Im Juni 2019 schloss sich daran die sogenannte „Potsdamer Erklärung“ an, in der sich zunächst acht Städte als „Sichere Häfen“ bezeichneten. Sie forderten von der Bundesregierung, dass aufnahmebereite Städte und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten schnellstmöglich aufnehmen können und sie bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen. Im Barnim gehört Panketal bisher zu dieser Initiative, in Werneuchen wurde ein entsprechender Antrag abgelehnt. Wandlitz hat sich dem nun

angeschlossen. Allerdings zettelte die AfD eine Debatte an, wonach es ein Gutachten der Universität Konstanz gäbe, das ein solcher Beschluss der Gemeinde Wandlitz rechtswidrig wäre. Nach kurzer Recherche nach der Gemeindevertreter:innensitzung konnte ich feststellen, dass es sich bei dem von der AfD zitierten „Gutachten“ um eine von 6 Stellungnahmen aus der Anhörung des Ausschuss für Inneres und Heimat im Bundestag am 4. November 2019 handelt. Nach Rücksprache mit der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, welche bei der Anhörung anwesend war, kann ich folgendes mitteilen: Der Beschluss der Gemeindevertretung enthält nichts rechts- oder verfassungswidriges. Es ist eine Erklärung, freiwillig fünf (man könnte auch sagen: nur 5!) Menschen zusätzlich aufnehmen zu wollen, und zwar in Absprache mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und dem Land Brandenburg. Also: Die geltende Rechtslage und vorgesehene Zuständigkeitsverteilung wird geachtet. Zur Aufnahme der fünf Geflüchteten durch die Gemeinde wird es also nur kommen, wenn das Land Brandenburg eine entsprechende Aufnahme

nach §23 Abs. 1 beschließt und der Bundesinnenminister zustimmt. Der entscheidende Punkt ist, dass der Gemeindebeschluss keinerlei Anforderung enthält, eine Aufnahme gegen die Zustimmung der anderen politischen Akteure auf Bundes- und Landesebene vorzunehmen! Wenn der AfD die Aufnahme von fünf (5! nochmal mit Ausrufezeichen) Geflüchteten zu viel ist, spricht das für sich. Das Geschwurbel zur angeblichen Verfassungswidrigkeit des Vorgehens der Gemeinde ist peinlich und neben der Sache. Sie reißen die Dinge aus dem Zusammenhang, um das für sie bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Damit sind wir auch wieder beim Ausgangspunkt: Unabhängig von der Rechtslage sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Menschen weder auf dem Mittelmeer ersaufen, noch in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen dahin vegetieren müssen und wir Wandlitzer:innen werden uns solchen menschenverachtenden und unwürdigen Verhaltensweisen immer entgegenstellen. Denn letztlich gilt: Niemand flieht freiwillig; Kriege, Verfolgung, Gewalt, Armut und die Klimakrise führen dazu, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen.



**Die Autorin: Isabelle Czok-Alm ist Gemeindevertreterin der LINKEN in Wandlitz. Sie kandidiert im Wahlkreis 57 (Oberbarnim/Uckermark) für den Bundestag, Kontakt per E-Mail: [czok-alm@dielinke-barnim.de](mailto:czok-alm@dielinke-barnim.de)**

Foto: privat

Auf der Suche nach einem „Sicheren Hafen“ begeben sie sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten – denn in die EU gibt es kaum sichere Wege. Eine solidarische Migrationspolitik kann von den Kommunen mit unterstützt werden: Erst die enge Abstimmung mit der Zivilgesellschaft vor Ort sorgt für die demokratische Legitimation einer solidarischen und offenen Politik. In Deutschland sind bereits über 227 Gemeinden, Städte und Landkreise der Aktion „Sichere Häfen“ beigetreten und Wandlitz gehört nun dazu.

## Pioniertat ist der Ehre wert

Die Diffamierungen von Sigmund Jähn, des ersten Deutschen im Weltall, durch die Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt und Brandenburg stößt auf Empörung in seinem Lebensort Strausberg.

**In Halle wurde das Plenarium saniert. Vor seiner Neueröffnung diskutierte der Stadtrat über die Beibehaltung des Namenszusatzes „Sigmund Jähn“, der 1978 als erster Deutscher ins All flog. Er war Generalmajor der NVA, die Streitkräfte der DDR, und starb 2019 82-jährig in Strausberg. Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt für die Aufarbeitung der SED-Diktatur forderte eine Namensänderung, da Sigmund Jähn eine Stütze der SED gewesen sei. Auch die entsprechende Beauftragte des Landes Brandenburg forderte dies.**

**Ende Februar entschied der Stadtrat in Halle, die Einrichtung künftig nur „Planetarium Halle“ zu nennen, der Vorschlag der LINKEN den Zusatz „Sigmund Jähn“ beizubehalten, wurde abgelehnt.**

Von Niels-Olaf Lüders, Strausberg

Sigmund Jähn wird vorgeworfen, sich nicht ausreichend genug von der DDR distanziert zu haben. Was will man damit all den Menschen sagen, die ihre Lebensleistungen in der DDR



**Niels-Olaf Lüders (LINKE) kandidiert im Wahlkreis 59 (Niederbarnim/Märkisch-Oderland) für den Bundestag. Kontakt: [strauberg@dielinke-mol.de](mailto:strauberg@dielinke-mol.de) Homepage: <https://niels-olaf-lueders.de>**

Foto: Astis Krause

erbracht haben? Sollen diese Leistungen nur noch dann der Ehre wert sein, wenn sie mit einer möglichst vollständigen Verleugnung der damals vertretenen Ideale einhergehen? Und werden andere heute geehrte Menschen eigentlich auch auf das reduziert, was sie zu ihrer Zeit nicht getan haben und vielleicht auch hätten tun können?

Sigmund Jähn war der erste Deutsche im All. Das ist er geworden, weil

es die gesellschaftlichen Verhältnisse sowie seine geistigen und körperlichen Voraussetzungen ermöglicht haben. Gleichzeitig trat er bewusst für die Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft für alle Menschen ein und diente zum Schutz des ersten Versuches einer derartigen Gesellschaft in den Streitkräften der DDR. Die Auseinandersetzung um eine solche bessere Gesellschaft und darum,

wie diese gestaltet werden könnte, ist auch heute noch nicht beendet.

Von denjenigen, die gegen eine Gesellschaft sind, die den Anspruch hat, allein dem Wohle aller Menschen und nicht nur einiger Weniger verpflichtet zu sein, oder die zumindest die wirklichen Motive vieler Menschen in der DDR bewusst nicht sehen wollen, wird er nun als Scherge der Unterdrückung diffamiert. Für die anderen ist er ein Pionier der Wissenschaft und ehrlicher Suchender bei der Gestaltung des menschlichen Lebens. Sigmund Jähn war ein bescheidener und aufrichtiger Mensch und damit für viele in der DDR und auch für mich ein wirklicher Held im besten Sinne.

Ich trete für die Würdigung seiner wissenschaftlichen und technischen Pioniertat ein und seiner Diffamierung entgegen. Dies unter anderem auch deswegen, weil er für die nachfolgenden Raumfahrer der BRD stets ein aufgeschlossener, freundlicher und äußerst fachkundiger Ratgeber und Begleiter war. Sigmund Jähn ist Ehrenbürger der Stadt Strausberg, in der er bis zu seinem Tod lebte.

# „Uns gibt es für die Regierungen nicht“

Menschen müssen geschützt, dafür auch Unternehmen geschlossen werden. Aber genauso braucht es Öffnungsperspektiven, die logisch sind, sagen zwei Eberswalder Unternehmer.

OW-Beitrag/sw

2007 wagten Andreas Glaeßer und Vivien Zippel den Schritt in die Selbstständigkeit. Sie gründeten in Eberswalde den „Tanzsalon“ und bauten ihn in den letzten Jahren zum Bewegungszentrum aus. 200 Kinder und viele Erwachsene nahmen regelmäßig an Tanz- und Yogaunterricht teil und über die Stadtgrenzen hinaus erreichte das Unternehmen große Bekanntheit. Seit März letzten Jahres ist damit aber Schluss. Mit einer kurzen Unterbrechung im letzten Sommer ist der „Tanzsalon“ geschlossen und Kurse finden, wenn überhaupt, nur noch Online statt. Die Corona-Pandemie schlägt hier besonders zu und auch die Politik von Bundes- und Landesregierung wird hier besonders deutlich. „Ich verstehe nicht, warum immer über Hilfen gesprochen wird. Das degradiert uns doch schon von vornherein. Wir haben selbstverständlich unseren Salon geschlossen, um Menschen zu schützen,“ macht Andreas Glaeßer deutlich. „Aber bei den Hilfen fallen wir einfach durch. Tanzsalons gibt es für die Regierungen anscheinend nicht,“ führt er weiter aus. Am Anfang seien Hilfen geflossen, aber die reichten nicht lange



Inhaber des „Tanzsalons“ Eberswalde: Vivien Zippel und Andreas Gläßer im Gespräch mit dem Eberswalde Landtagsabgeordneten Sebastian Walter (DIE LINKE). Foto: L. Kupitz

für die Miete von 500 Quadratmeter Gewerbefläche. Und 80 Prozent der übrigen Kosten laufen weiter. „Unternehmer müssen auch essen und trinken, aber das scheint niemand zu erkennen, wenn es um die Zahlungen an die Wirtschaft geht. Wir werden dann in Hartz IV verwiesen. Was hat das mit Unterstützung zu tun? Mittlerweile ist unsere Altersvorsorge aufgebraucht, wie es weitergehen sollen, weiß ich nicht,“ verweist Vivien Zippel auf die angespannte Situation der beiden Selbstständigen.

Auf Unverständnis stoßen die neuen Öffnungsbeschlüsse der Regierenden. „Wieso ist die äußerliche

Gesundheit eigentlich so viel wichtiger, als die innere Gesundheit?“ fragt Zippel mit Blick auf die Öffnungen für Friseure und Kosmetiker, aber die weitere Perspektivlosigkeit für Fitness- und Tanzstudios.

Es ist richtig, dass Menschen geschützt werden und dafür müssen auch Unternehmen geschlossen werden, das machen beide immer wieder deutlich. Aber Öffnungsperspektiven müssen endlich erarbeitet werden. Hygienekonzepte liegen seit Monaten vor und sind durchführbar. In einem großen Raum dürften 12 Menschen mit Abstand kein Yoga machen, aber im Baumarkt dürfen

sich jetzt die Menschen wieder stapeln, fragt Glaeßer etwas zynisch. Die Empathielosigkeit, die Führungs- und Kommunikationsschwäche der Landesregierung von Woidke und Co lässt ihn sprachlos zurück. Und das macht ihm noch ganz andere Sorgen: Denn das kostet alles Vertrauen und das spielt die Menschen in die Hände von Rechtspopulisten. „Das müssen wir verhindern. Dafür muss aber endlich anders gehandelt werden.“ Sagt er abschließend. Dafür brauche es aber endlich eine andere Politik. Beide kämpfen weiter, für Empathie und Solidarität.

## Wer bezahlt die Schulden?

Deutschland schnürt Hilfspakete, Milliarden gehen an die Wirtschaft. Dagegen werden Kleinunternehmen, Soloselbstständige und Sozialbereiche vernachlässigt. Hier wird oft argumentiert, das wird zu teuer. Aber ist das richtig? Oder nur eine marktwirtschaftliche Sichtweise? Eine kritische Betrachtung.

Von Ralf Christoffers, ehemaliger Wirtschaftsminister in Brandenburg

Haben Sie schon mal einen Kredit aufgenommen? Bestimmt, die allermeisten müssen irgendwas finanzieren: Auto, Möbel, Haus. Je mehr Geld Sie leihen wollen, umso mehr will die Bank von Ihnen wissen: Einkommen, Ausgaben, Tilgungsmöglichkeiten, Eigenkapital. Als Privatkreditnehmer muss man immer den Beweis der Zahlungsfähigkeit nachweisen. Wer das kennt, bekommt zunehmend Angst: Wer soll all die Milliarden Schulden jemals tilgen, die die Bundesrepublik gerade aufnimmt, um die Folgen der Corona-Pandemie zu tilgen?

Aber mit Staaten verhält es sich völlig anders: Sie sind unausweichlich mit der Finanzwirtschaft verbunden. Staaten nehmen kaum soviel Geld von ihren Bürger:innen über Steuern und Abgaben ein, um damit all ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb leihen sie sich **immer** Geld auf den Finanzmärkten – und bieten gleichzeitig Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen.

Die Geldgeber setzen darauf, dass Volkswirtschaften nicht Konkurs gehen. Das kann zwar grenzwertig werden, wie bei Island und Griechenland in der Finanzkrise, letztlich stimmt es aber: Japan mit Schulden von 200 Prozent auf sein Bruttosozialprodukt, die USA mit horrender Verschuldung – sie bleiben beliebte Kreditnehmer auf den Finanzmärkten.

Dahinter steckt, dass die Finanzwirtschaft nicht so funktioniert wie vor allem FDP und CDU/CSU erklären. Im Gegenteil: Staaten sind dann kreditwürdig, wenn man ihnen vertraut, zum Beispiel wenn sie ein stabiles politisches und Sozialsystem haben wie Deutschland.

Die Bundesrepublik hatte zu Beginn der Corona-Krise eine Staatsverschuldung von 60 Prozent des Bruttosozialproduktes. Das ist eine Festlegung der EU, die allerdings völlig willkürlich politisch entschieden wurde und keinen finanz- oder wirtschaftspolitischen Hintergrund hat, es hätten auch 40 oder 80 Prozent sein können. Mit allen bisherigen Lasten

der Corona-Krise steigt die Verschuldung auf etwa 75 Prozent. Selbst wenn noch ein dritter kompletter Lockdown finanziert werden müsste, würde die Verschuldungsrate erst bei 90 Prozent liegen. Man kann tatsächlich „erst“ sagen, weil Deutschland sehr kreditwürdig ist, weil diesem Staatswesen vertraut wird, weil die Zinszahlungen gesichert sind.

Und nur darum geht es eigentlich: Zahlt ein Land seine Zinsen? Dass es jemals schuldenlos ist, darum geht es gar nicht. Auch, wenn uns das durch die scheinbar alternativlose „schwarze Null“ jahrelang suggeriert wurde. Viel wichtiger ist, dass Deutschland das Vertrauen, das die Finanzwirtschaft in es setzt, erhält. Dazu gehören eben gerade stabile Sozialleistungssysteme, dazu gehören Investitionen in Infrastruktur, in den Klimawandel. Sie sorgen langfristig für Stabilität, für einen „Wert“ des Landes, der es kreditwürdig hält. Natürlich dürfen Gelder nicht achtlos rausgeschleudert werden, das würde wiederum das Vertrauen auf Finanzmärkten schmälern.

Aber solche Investitionen sind bitter nötig. Aktuellstes Beispiel: Die Privatisierung der Krankenhäuser fällt Deutschland auf den Fuß. Sie müssen betriebswirtschaftlich arbeiten, was nur zu Lasten der Patient:innen und auf Kosten des Personals geht. Dies bedeutet langfristig eine Verschlechterung des Gesundheitssystems für die große Masse der Bevölkerung. Das wiederum kann der Kreditwürdigkeit Deutschlands schaden.

Das ist nur eine finanzwirtschaftliche Betrachtungsweise, die soziale kommt hinzu. Unterm Strich aber gilt: Gerade in Deutschland sind Ausgaben im Sozialleistungsbereich, in Bildung, Infrastruktur, technische Innovation, Klimaschutz enorm wichtig, sie sind ein Markenzeichen. Seit Jahrzehnten opfern Regierungen von CDU, FDP und auch SPD dies aber der Marktliberalisierung. Deshalb wäre es möglich, dass ein entgegengesetztes Denken, das sich bei LINKEN, SPD und Grünen findet, Deutschland eine neue Perspektive gibt. Mit der Bundestagswahl in diesem Jahr.

# Wie geht es Menschen in dieser Zeit, die nicht im Homeoffice arbeiten können?

OW sammelt Erlebnisberichte. Hier drei Ausschnitte aus der Lebensmittelindustrie, dem Einzelhandel und der Kinderbetreuung.

## Verkäufer:innen

Enge Gänge, jeden Tag viele verschiedene Kund:innen. Wie kommt man damit klar?



Frau Irrgang arbeitet seit 20 Jahren als Verkäuferin in Bernau und hat deshalb schon allerhand in ihrem Beruf erlebt. Es verwundert also nicht, dass sie, angesprochen auf die erhöhte Ansteckungsgefahr, die ihr Beruf mit sich bringt, gelassen reagiert. Sie geht ihrer Arbeit unter den neuen Bedingungen normal nach, trägt also eine Maske, hält, so weit das möglich ist, Abstand und versucht generell etwas vorsichtiger zu sein. Auch die Kunden halten sich an die Regeln und müssen nur selten auf die Hygienemaßnahmen hingewiesen werden. Einmal hat sich ein Herr geweigert, eine Maske zu tragen, aber dieser hat den Markt

dann nach einer Aufforderung verlassen.

Von ihrem Arbeitgeber hat Frau Irrgang einen „Coronabonus“ bekommen und auch die Masken werden von diesem bezahlt. Generell ist sie sehr ruhig und macht sich wenig Sorgen. Einzig das ständige Tragen der Maske macht ihr Probleme. „Ich muss körperlich arbeiten und bekomme durch die Maske nicht sonderlich gut Luft. Am Ende des Arbeitstages habe ich oft Kopfschmerzen und bin ziemlich fertig. Aber so sind die Regeln und dann machen wir das eben so.“

Sprach Frau Irrgang und machte sich wieder an die Arbeit. (MH)

## Kita-Erzieher:innen

Erwachsene und Kinder reagieren gelassen. Eher besorgt: „Nehmen wir anderen die Impfung weg?“

Ich bin Leiter eines Barnimer Hortes mit etwa 190 Kindern. Als uns vor einem Jahr der erste Lockdown traf, standen wir vor der Frage, wie wir sowohl die Notbetreuung sicherstellen als auch die Kolleg:innen schützen können. Im Grunde war das nicht schwierig – die einen blieben vor Ort, diejenigen mit Vorbelastungen mussten zu Hause bleiben. Wir sind miteinander solidarisch, daher wurde das vom gesamten Team getragen. Für mich stellte sich schnell heraus, dass Homeoffice mit meiner Leitungsposition nicht gut kompatibel ist – es kommen einfach zu viele Informationen rein und ich kann auch nicht alle

nötigen Unterlagen mit nach Hause nehmen. Die persönliche Anwesenheit wird ständig gefordert. Das ist auch jetzt nicht anders, aber das ist okay – ich habe weniger Kontakt mit den Eltern und Kindern als die Erzieher:innen in den Gruppen und kann trotzdem präsent und ansprechbar sein.

Wir versuchen, unser Hygienekonzept so gut es geht umzusetzen. Wir können kein offenes Konzept mehr fahren und müssen Gruppen zusammenlegen, um bei Personalausfall kompensieren zu können. Wir Erwachsenen tragen dauerhaft Maske, auch in den Räumen, in denen wir sie eigentlich abnehmen dürften. Auch



Fotos dieser Seite: pixabay

müssen wir mehr Abstand zu den Kindern halten. Nach unseren Erfahrungen stellt das alles für die Kinder kein so großes Problem dar, alle sind recht entspannt.

Allerdings

weiß ich von Kitakolleg:innen, dass dies in der Kommunikation mit den Kindern, wo es auf mehr Mimik ankommt, schwieriger ist. Für uns gilt: wir tragen lieber eine Maske als uns sehenden Auges mit dem Virus anzustecken. Wir werden – wie alle – trotzdem froh sein, wenn die Masken irgendwann nicht mehr nötig sind!

Ich habe ein ambivalentes Gefühl bei den Impfungen. Nicht, weil ich Impfungen in Frage stelle, sondern, weil ich das Gefühl habe, manchen einen Platz zu nehmen, die ihn eher bräuchten. Nichtsdestotrotz darf man aber nicht vergessen, dass speziell Erzieher:innen während der gesamten Pandemie im Einsatz sind und der Infektionsgefahr stets ausgesetzt waren und immer noch sind. Dass diese nun schneller eine Impfung bekommen, erscheint mir gerechtfertigt. Aber ich kann auch verstehen, wenn es dazu andere Auffassungen gibt.

Stefan Wegener

## Arbeiter:innen

Wahrscheinlich auf der Arbeit angesteckt, Corona nach schwerem Verlauf überstanden und dann noch nicht ganz fit wieder in den Schichtbetrieb.

Ihr gehts wieder gut, jedenfalls fühlt sie sich arbeitsfähig. Anfang des Jahres hatte es sie erwischt, Corona. Wahrscheinlich hat sie sich auf der Arbeit angesteckt, eine andere Möglichkeit gab es nicht. Die Umkleiden, die Pausenräume – sie weiß es nicht. Sie arbeitet in der Nahrungsmittelindustrie im Schichtbetrieb und bleibt für diesen Artikel namenlos.

Am Tag bevor die schweren Symptome losgingen, besuchte sie noch ihre Mutter. Als sie viele Tage mit 40 Fieber darniederlag, Nahrung nicht bei sich behalten konnte, selbst Wasser trinken anstrengend war, macht sie sich deshalb immer noch Vorwürfe. Aber sie hatte Glück, die Mutter blieb verschont, aber ihr Mann und eine Tochter steckten sich an.

Aber nicht sofort, sondern nacheinander. Kein Wunder: 4 Menschen, 3 Räume – die vom Gesundheitsamt geforderte Selbstisolierung der Kranken geht da nicht. Schon gar nicht, wenn sie versorgt werden muss, sich nicht mehr selber helfen kann.

Als sie sich nach 4 Wochen langsam mit kurzen Spaziergängen wieder Kondition antrainieren konnte, war der Rest der Familie immer noch in Quarantäne, insgesamt 6 Wochen, weil sie nacheinander erkrankten. Das quälte die 4-köpfige Familie. Da war selbst Homeschooling und sportliches Training am Bildschirm die große Abwechslung; wenn es denn körperlich ging. Zum Schluss ging sie deshalb wieder arbeiten: Nicht, weil sie sich schon fit genug fühlte, sondern weil

sie froh war, die Wohnung verlassen zu können.

Inzwischen nimmt sie mit ihrer Familie an einer Studie teil, mit der man herausfinden will, warum die einen Patienten schwere Verläufe haben, andere nicht und wiederum andere sich gar nicht anstecken.

Seit sie wieder in der Firma ist, traut sie sich erstmal nur leichtere Arbeiten zu, nicht schwer heben zum Beispiel. Ihr Arbeitgeber macht das möglich. Ein bisschen erleichtert ist sie schon, dass sie es hinter sich hat. Auf der Impfskala stand sie ganz unten. Nun sowieso, nach überstandener Infektion. Sie hofft, dass ihr die Corona-Infektion nun Schutz verleiht, die Schlappeheit verschwindet und keine weitere Schädigungen folgen. (bc)

Frauen-  
geschichte(n)

**Lotte Ulbricht**

**April**



Von Gisela Zimmermann

Am 19.04.1903 wurde Charlotte Kühn in Berlin-Rixdorf geboren. Ihre Mutter war Heimarbeiterin, ihr Vater Hilfsarbeiter. Sehr früh schloss sie sich der Arbeiterbewegung an. 1919 trat sie der Freien Sozialistischen Jugend bei, 1921 der KPD. Nachdem sie den Beruf einer Kontoristin erlernt hatte, arbeitete sie im ZK der KPD in Berlin und Essen, 1922/23 bei der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) in Moskau. Nachdem Lotte 3 Jahre als Mitglied des ZK der KPD und der KPD-Reichstagsfraktion tätig war, ging sie erneut nach Moskau, um bis 1927 bei der KJI zu arbeiten und anschließend als Sekretärin in der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin. 1931 emigrierte Lotte mit ihrem ersten Ehemann Erich Wendt nach Moskau. Nach ihrer Tätigkeit als Hauptreferentin bei der Kommunistischen Internationale und dem Fernstudium Marxismus-Leninismus erhielt sie 1935 den Auftrag, Walter Ulbricht in seiner Tätigkeit in der Auslandsvertretung bzw. der Operativen Leitung der KPD in Paris und Prag als Sekretärin und Dolmetscherin zu unterstützen. Sie kamen sich auch privat nahe. Als Lotte und Walter in den letzten Kriegstagen nach Berlin zurückkehrten, hatten sie große Pläne für ein kommunistisches Deutschland. 1951 – nach der Scheidung von den bisherigen Ehepartnern – heirateten sie. Von 1947 bis 1953 war sie die persönliche Mitarbeiterin ihres Mannes, 1954 begann sie ein Studium der Gesellschaftswissenschaften, das sie 1959 mit Diplom abschloss. Die Promotion wurde ihr verwehrt. Lotte war Mitglied der Frauenkommission des Politbüros und setzte sich vehement für die Gleichberechtigung ein. Die Abschaffung des Paragraphen 218 lehnte sie jedoch ab. Lotte blieb bis zu Walter Ulbrichts Tod seine wichtigste und engste Vertraute. Bis zu ihrem Tod bewahrte sie sich ihre Ideale. Am 07.03.2002 starb Lotte Ulbricht in Berlin.



Sebastian Walter, Eberswalde, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag



Karl Marx (1818-1883) Friedrich Engels (1820-1895)

**30 Jahre Offene Worte**

**Prominente Leser:innen gratulieren**

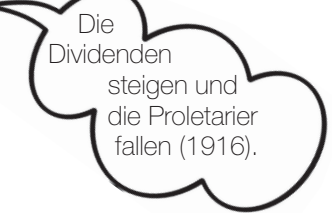


Katharina Slanina, Schorfheide, Co-Vorsitzende der Brandenburger LINKEN

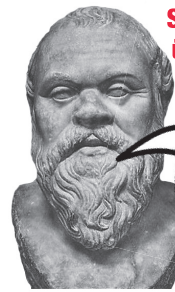
**Unsere Korrespondentin Rosa Luxemburg zur aktuellen Lage:**



Clara Zetkin (1857-1933) und Rosa Luxemburg (1871-1919)



Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen (1916).



**Sokrates Zitat bisher nur halb überliefert. Hier das Original:**

Ich weiß, dass ich nichts weiß. Aber was ich weiß, weiß ich durch OW.



Und was lesen Sie so?

**Preisrätsel**

**Lösungswort:** die grau unterlegten Felder ergeben – in der richtigen Reihenfolge gelesen – eine Anti-Corona-Strategie, die in Brandenburg nur schleppend beginnt, **bis zum 30. April 2021** an: DIE LINKE Barnim, Redaktion OW,

Heegermühler Str.15, 16225 Eberswalde oder E-mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de);

**Preis dieser Ausgabe:** Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Gewinner:in der Feb/März-Ausgabe:** Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“ geht an: H. Gröger, Wandlitz

**Waagrecht:** 1. umgangssprachl.: sehr alt, 6. weibl. Vorname, dt. Komikerin, 9. Biene, 10. Tonzeichen, 12. Personalpronomen, 13. Haushaltsplan, 14. Tatze, 16. Wohnplatz in Kyritz, 18. Nebenfluss d. Donau, 20. dichter.: Ansehen, 22. Abstand zur Oberfläche, 25. Fisch, Döbel, 27. Scha-beisen d. Kammacher, 29. Impfstoff, 30. Backzutat, 31. Bestand, 33. Obstbrei, 35. Stadt a.d. Unstrut, 38. Nebenfluss d. Streu/Rhön, 40. Feier, 41. Hauptbestandteil v. Erdgas, 42. Kleidungsstück, 45. Gattin d. Zeus, 46. Familienstand, 47. Weinwirtschaft, 50. Pharao der ersten Dynastie, 52. Fluss in Wales (walis.), 54. umbauter Ort, 55. Wasserstand, 57. einf. Brücke, 59. Korrosionsprodukt, 61. Sauergras, 64. Halbton, 66. franz. Fluss, 68. engl.: Baum, 70. größte Exklave d. Welt, 73. verrückt, 74. längl. Vertiefung, 75. US-Schauspieler (1931-1955), 76. erster dt. Kaiser (936-973), 77. Widerhall, 78. mexican. Fladenbrot

**Senkrecht:** 2. Lebewesen, 3. vorderasiat. Staat, 4. Krebstier, 5. Schmelzgefäß, 6. Bestätigung, 7. Fischfanggerät (Mz.), 8. organ. Verbindung, 10. Werbefilm, 11. tschech. Name d. Elbe, 15. Stadt a.d. Ostsee, 17. griech. Kriegsgott, 19. Titelfigur einer Kinderbuchreihe, 21. Seemannslohn, 23. angestrebtes Ziel (Mz.), 24. vertonte Bilder, 26. Probe, 28. Giftpflanze, 32. Entschlossenheit, 34. Fluss i. Ural, 36. landwirtschaftl. Gerät, 37. neunte Stufe d. Tonleiter, 38. arab. Herrscher, 39. Stecken, 43. Teil d. Takelage, 44. Auszeichnung, 48. Flachland, 49. alkoholhaltiges Getränk, 51. myth. Jägerin, 53. ital. Wein, 56. locker, 58. Lasttier, 60. Havarie auf See, 62. Harzer Urbier, 63. Begeisterung, 64. Violine, 65. ausgeroschenes Getreide, 67. Wesen, 69. schweizer. Männername, 71. männ. Kosename, 72. ohne Haare

1	2	3	4	5	6	7	8	
				9				
10	11		12		13			
14		15		16	17			
		18	19		20	21		
22	23	24		25		26		
		27	28		29			
30			31	32				
		33	34		35		36	37
38	39	40						
41				42	43		44	
			45				46	
47	48	49		50	51			
			52	53		54		
55			56	57	58			
		59	60		61	62	63	
64	65	66		67				
	68	69		70	71	72		
73			74		75			
	76							
77			78					

OW-Collage (mh, bc)